

Soziale Gerechtigkeit

LO BR Gregor Hammerl im Interview über Erbschaftssteuer, Regress und Pensionserhöhung

DIE GUTE STUNDE: Der Sommer war von besorgniserregenden Entwicklungen geprägt, wenn wir uns die Situation an den Börsen oder die Unruhen in London vor Augen führen. Angst macht sich breit: Wie sehen Sie diese Entwicklungen?

BR Gregor Hammerl: Die Krise ist, gerade was die Weltwirtschaft betrifft, alltäglich geworden. Nicht dass dies uns zur Panik verleiten sollte, aber wir müssen uns immer häufiger die Frage stellen, ob wir uns nicht von Börsespekulationen treiben lassen und wir nicht unsere Wirtschaft auf stabilere Grundlagen, etwa auf Arbeit, stellen müssten. Vermehrt ist die Frage zu stellen, was uns wichtig ist.

DIE GUTE STUNDE: Und die Entwicklungen in England, wo sich vor allem junge Menschen gegen die Gesellschaft richten und diese zerstören wollen?

BR Hammerl: Hier zeigt sich eine gefährliche Spaltung in unserer Gesellschaft; und wir müssen in Österreich alles daran setzen, dass sie nicht auch auf uns übergreift. Wir müssen uns kritisch fragen, ob uns noch bewusst ist, was die Gesellschaft zusammenhält. Bemühen wir uns intensiv genug um gemeinsame Werte, oder lassen wir es mit der wirtschaftlichen Absicherung, die sich dann doch nicht als Sicherheit erweist, genügen?

DIE GUTE STUNDE: Es wird in den Medien in diesem Zusammenhang wieder vom „Kampf

der Generationen“ gesprochen. Was halten Sie von solchen Zwischenrufen?

BR Hammerl: Ich glaube nicht, dass wir Zeugen eines solchen Kampfs der Generationen sind, in dem sich die Jugend gegen das Alter wendet und neidisch darauf ist, dass die Alten so viel bekommen und sie so wenig. Bei uns funktioniert der Austausch zwischen den Generationen Gott sei Dank noch, wenn wir nur daran denken, wie viel von der älteren Generation an die jungen Menschen vererbt wird und in welchem hohem Ausmaß die Menschen noch zu Hause gepflegt werden. Aber wir müssen sehr wachsam sein, dass wir diese gemeinsame Basis erhalten. Hier liegt ja gerade die Herausforderung der Pflegegedebatte.

DIE GUTE STUNDE: Sie haben zwei Schlagwörter gebraucht, die heute sehr stark in Diskussion sind: Erben und Pflege. In letzter Zeit ist gerade in der Steiermark in der politischen Diskussion mit der Erbschaftssteuer zur Finanzierung der Pflege ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Themen hergestellt worden. Wie stehen Sie zum Thema Pflege und der Finanzierung der Pflege?

BR Hammerl: Mit der Einrichtung des Pflegefonds haben wir eine kleine Verschnaufpause, die uns aber nicht zur Untätigkeit verführen darf. So ist es wichtig zu fragen, wie denn die Pflege in Zukunft finanziert werden soll.



Hammerl: Von einer neuerlichen Erbschaftssteuer wird der Mittelstand am meisten getroffen.

DIE GUTE STUNDE: Also die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer zur Finanzierung?

BR Hammerl: Nein, das ist nicht mein Zugang. Wir wissen ja, dass mit dieser Erbschaftssteuer, die vom Verfassungsgerichtshof abgeschafft worden ist, wenn sie wieder eingeführt werden sollte, der Mittelstand am meisten getroffen wird. Auch wenn betont wird, dass die „kleinen Häuselbauer“ geschont werden sollen, so stellt sich die Frage, wie das trennscharf zu unterscheiden ist, wer zur Zahlung von Erbschaftssteuer herangezogen wird. Au-

ßerdem ist damit ein hoher bürokratischer Aufwand verbunden. Und der Mittelstand ist ohnedies schon am meisten belastet. Dazu müssen wir noch bedenken, dass das, was vererbt wird, in den meisten Fällen ohnedies schon – zum Teil – öfters besteuert worden ist, vielleicht auch schon mit Erbschaftssteuer aus einer vorhergehenden Vererbung und zudem auch im Vererben ein wichtiges Band der Solidarität zwischen den Generationen geknüpft wird, das, wenn es auf die Basis von guten Beziehungen gestellt ist, viel an gegenseitigem Vertrauen aufbauen kann.

DIE GUTE STUNDE: Also ein striktes Nein zur Erbschaftssteuer?

BR Hammerl: Ich bin eindeutig gegen die Einführung einer neuen Steuer, noch dazu, wenn sie anlassorientiert zur Finanzierung etwa der Pflege geschaffen werden soll. Ich bin aber der Meinung, dass in einer allgemeinen Steuerreform, die gerade die Entlastung des Mittelstands zum Ziel haben sollte, im Paket auch die Erbschaftssteuer diskutiert werden kann.

Dann kann nämlich die Gesamtbelastung von verschiedenen Gruppen klarer und gerechter gestaltet werden, und das ist dringend notwendig. Anlassorientierte „Sondersteuern“, die für einen gewissen Finanzierungsbedarf erhoben werden, sind immer ein Problem. Und außerdem muss man bedenken, dass gerade bei Landwirten die Durchfüh-



österreichische | DER PARTNER DER
LOTTERIEN | SENIORENHILFE

zung einer gerechten Vollziehung der Erbschaftsteuer ein großes Problem darstellt.

DIE GUTE STUNDE: Wie stehen Sie dann zum Regress, der ja in der Steiermark wieder eingeführt wird? Ist nicht auch er ungerecht, wie von verschiedenen Seiten eingemahnt wird?

BR Hammerl: Zuerst muss ich betonen, dass ich als Sozialsprecher der ÖVP den Antrag auf Abschaffung des Regresses, ein Antrag, der besonders auch der Initiative von Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer zu verdanken war, in den Landtag eingebracht habe und diese Gesetzesinitiative von der Bevölkerung positiv angenommen worden ist. Eine einseitige Wiedereinführung des Regresses bedeutet eine Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger. Auf der anderen Seite ist es für mich interessant, dass nach Zeitungsberichten die Wiedereinführung des Regresses gerade von den betroffenen Familienangehörigen nicht als so ungerecht beurteilt wird als von manchen Sozialexperten oder von solchen, die sich dafür halten. Auch ich habe das in Gesprächen erfahren.

GUTE STUNDE: Also sind Sie ein Verfechter des Regresses?

BR Hammerl: Nein, aber ich halte den Regress für diskussionswürdig. Denn gerade auch in der konkreten Verantwortung für die Pflege zeigt sich für mich ein wichtiges Moment der Solidarität in der Familie. Der Regress kann auch ein Moment sein, um diese Solidarität bewusst zu machen und Konsequenzen daraus zu ziehen, nämlich dass man in der Familie für die Pflege, so weit als möglich, verantwortlich ist. Aber es ist zu überlegen, ob nicht etwa die eingezogene Grenze von 1.500,- Euro Verdienst wieder dazu führt, dass der Mittelstand überproportional belastet wird. Zudem muss man sich die Frage stellen, ob nicht durch den Regress die Menschen, die Kinder haben, belastet werden, Menschen ohne Kinder aber niemanden haben, der zur Zahlung heran-



Hammerl: Die Verantwortung zwischen den Generationen in der Familie gilt für alle.

Fotos: medienservice.com/Furgler

gezogen wird. Damit entstehen gerade auch für Familien neue Belastungen, die es besser erscheinen lässt, wenn man keine Kinder hat.

GUTE STUNDE: Also Regress für alle?

BR Hammerl: So provokativ es klingt: Ja! Denn die Verantwortung zwischen den Generationen in der Familie gilt für alle. Natürlich muss man darauf achten, was jeder leisten kann. Da kann sich niemand aus der Verantwortung schleichen. So würde ich die Diskussion um den Regress in die Frage münden lassen, was jedem als Beitrag zur Pflege seiner Angehörigen zuzumuten ist und wie jeder für seine Pflege vorsorgen kann. Hier gilt es auch die Frage nach einer privaten Pflegeversicherung zu stellen. Wie ich aus vielen Gesprächen weiß, schließen gerade auch Senioren für ihre Enkel Pflegeversicherungen ab. Man muss also die Finanzierung der Pflege umfassender diskutieren und einzelne Schritte miteinander verbinden.

GUTE STUNDE: Meinen Sie, dass man die Belastungen im Pflegebereich für alle überdenken muss?

BR Hammerl: Derzeit ist die Steiermark das einzige Bundesland in Österreich, in dem der Regress wieder eingeführt wurde. Hier ist in Zukunft die Bundesregierung aufgefordert ein Pflegepaket „Neu“ für alle zu schnüren. Es muss auch ein Schwerpunkt sein, dass in Zukunft eine Pflegeversicherung für die Familie steuerlich absetzbar ist. Wenn man Löcher im Budget stopfen muss sollte man darauf achten, nicht neue aufzureissen.

GUTE STUNDE: Eine letzte Frage: Pensionserhöhung um 2,7%: Ist das gerecht?

BR Hammerl: Dieser Prozentsatz folgt den gesetzlichen Vorschriften und die muss man beachten. Das gilt es besonders jenen gegenüber zu betonen, die darin eine ungerechtfertigte Forderung der „Seniorenlob-

by“ sehen. Unser Bundesobmann NR-Präs. i. R. Dr. Andreas Khol setzt sich zu Recht für diese Forderung ein, dazu betont er aber auch, dass besonders den Kleinrentnern ein Sockelbetrag, der in ihrem Fall die Inflationsrate überschreitet, zugesprochen werden sollte. Hier geht es konkret um sozialen Ausgleich.

INFO

Sollten Sie weitere Auskünfte bzw. Informationen zu diesen Themen benötigen, würde ich mich freuen, wenn Sie mich unter Tel. 0316/822130 anrufen.

**Bundesrat Gregor Hammerl,
Landesobmann des Steirischen
Seniorenbundes,
ehrenamtlicher Präsident
des Hilfswerk Steiermark,**

**Karmeliterplatz 6, 8010 Graz,
Fax 0316/822130-5,**

**E-Mail seniorenbund@stvp.
at, www.seniorenbund.stvp.at**